



N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 58. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. September 2019, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

i. V. .v. Ole-Christopher Plambeck

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

i. V. v. Annabell Krämer

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Geschäftsbericht 2018 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	4
2.	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1563	
3.	Neuwahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes gemäß § 10 Absatz 2 Satz 2 GeschO	9
4.	Gewährträgerversammlung bei den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten	10
	Antrag der Abg. Birgit Herdejügen Umdruck 19/2902	
5.	Information/Kenntnisnahme	12
	Umdruck 19/2747 - Verwaltungsabkommen Archivschule Marburg Umdruck 19/2772 - Verwaltungsvereinbarung Kosovo Rückkehrprojekt Umdruck 19/2822 - Weiterbildungsprogramm digifit Umdruck 19/2833 - Verkehrskoordinator Hamburg und Schleswig-Holstein Umdruck 19/2875 - Abschlussbericht „Anforderungsorientierte Außenprüfung“ Umdruck 19/2898 - Nachfrage zur Genehmigung von Wirtschaftsplänen Umdruck 19/2876 - Vereinbarung Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten vertraulicher Umdruck 19/2823 (neu) - Hamburg Commercial Bank AG vertraulicher Umdruck 19/2899 - Antworten der hsh portfoliomanagement AöR	
6.	Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in Punkt 5 um den vertraulichen [Umdruck 19/2899](#) - Antworten der hsh portfoliomanagement AöR - ergänzt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den [Umdruck 19/2823](#) (neu) - Immobilienportfolio der Hamburger Commercial Bank AG -, und den [Umdruck 19/2899](#) - Antworten der hsh portfoliomanagement AöR auf die Fragen von Abg. Nobis im Beteiligungsausschuss am 22. August 2019 - gemäß § 17 Absatz 2 GeschO vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Geschäftsbericht 2018 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

[Umdruck 19/2715](#)

Herr Eisoldt, Geschäftsführer der GMSH, stellt den Geschäftsbericht der GMSH für das Jahr 2018 mithilfe einer PowerPoint-Präsentation vor (siehe Anlage).

Auf eine Frage des Abg. Weber antwortet Herr Eisoldt, die Mitarbeiterfotos, durch deren Verwendung sich die GMSH als attraktiver Arbeitgeber darstellen wolle, würden in jedem Falle mehrfach verwendet, unter anderem für den Geschäftsbericht sowie für eine neu eingerichtete Karriereseite. Er fügt hinzu, man wolle Stellenausschreibungen lebendiger und emotionaler gestalten.

Auf Wunsch von Abg. Harms erklärt Herr Eisoldt, in der GMSH befänden sich zurzeit etwa 100 Auszubildende in einer dualen Ausbildung. Die Ausbildungsquote sei damit in den letzten zehn Jahren auf 6,5 % gestiegen. Allerdings bilde die GMSH keine Berufe aus, deren Vertreter im Baubereich eingesetzt würden, sondern zum Beispiel Technikerinnen und Techniker. Darüber hinaus habe man Verträge mit vielen norddeutschen Hochschulen geschlossen, so zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Man investiere so viel wie möglich in die Ausbildung, es fehlten aber nach wie vor Architekten, Bauingenieure und Maschinenbauer. Die Fachhochschule Kiel habe einen Studiengang für Bauingenieure eingerichtet; von dort kämen fünf duale Studierende an die GMSH. Herr Eisoldt fasst zusammen, am stärksten fehlten der GMSH Architektinnen und Architekten; dagegen sei sie zum

Beispiel mit Hausmeistern gut versorgt, da sie dieser Berufsgruppe bessere Arbeitsbedingungen als die private Wirtschaft biete.

Von Abg. Harms befragt, führt Herr Eisoldt aus, die GMSH könne nur im Bereich Beschaffung Gewinne und Verluste machen. Im Übrigen erstatte das Land sämtliche Kosten. Zuletzt habe die GMSH einen Überschuss von 300.000 € bei 5 Millionen € Umsatzerlösen erwirtschaftet. Diese Überschüsse trage man in den Bilanzen vor und schütte sie nach einigen Jahren als Gewinne an das Land aus.

Nachdem Abg. Raudies kritisch angemerkt hat, dass im Geschäftsbericht nur zwei Frauen abgebildet seien, dazu in nicht technischen Berufen, antwortet Herr Eisoldt, die Themen Gleichstellung und Frauen seien ein „wunder Punkt“. Bei der GMSH arbeiteten aber viele qualifizierte Frauen, auch in Führungspositionen. Ihre Unterrepräsentation in der Broschüre ergebe sich unter anderem daraus, dass viele Frauen nicht abgebildet werden wollten.

Herr Eisoldt sichert Abg. Raudies zu, dem Ausschuss Kennzahlen zur Personalfuktuation in der GMSH schriftlich nachzuliefern.

Zur Gehaltsentwicklung in der GMSH führt Herr Eisoldt auf eine Frage der Abg. Raudies aus, man sei an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gebunden. In einigen Bereichen, zum Beispiel bei den Architektinnen und Architekten, sei die GMSH damit wettbewerbsfähig, in anderen, zum Beispiel bei den Maschinenbauern, Elektrotechnikern und Informatikern, weniger. In diesen Fällen mache die GMSH von der Möglichkeit Gebrauch, Zulagen zu zahlen.

Abg. Koch begrüßt, dass die GMSH trotz des herrschenden Fachkräftemangels Personal aufgebaut hat. Auf seine Mahnung, die GMSH solle weiterhin als Auftraggeber für die regionale Wirtschaft vorhanden bleiben, bemerkt Herr Eisoldt, die GMSH wolle grundsätzlich keine Aufträge, die man auch der Privatwirtschaft erteilen könne, vom eigenen Personal erledigen lassen; wo es wirtschaftlich sei, setze man aber beispielsweise bei der GMSH angestellte Handwerkerinnen und Handwerker ein. Indem man Handwerkerleistungen selbst erbringe, entlaste man den Landesbau im Bereich der Bauunterhaltung; das führe dazu, dass ein größeres Bauvolumen realisiert werden könne. Er fügt hinzu, dass es Institutionen, wie zum Beispiel die Polizei oder Finanzämter, gebe, die sich wünschten, dass die GMSH mehr Leistungen selbst erbringe. Diese Institutionen hätten oftmals schlechte Erfahrungen mit externen Dienstleistern,

insbesondere mit Reinigungsfirmen, gemacht. Die GMSH befinde sich hierzu im Dialog mit dem Finanz- und dem Innenministerium.

Auf Wunsch von Abg. Koch gibt Herr Eisoldt an, die GMSH habe im Jahr 2016 einmalig 5 Millionen € an das Land ausgeschüttet.

Abg. Holowaty möchte wissen, wie die GMSH Kundenzufriedenheit misst. Sein Kenntnisstand zur Kundenzufriedenheit entspreche nicht der Eigendarstellung der GMSH. - Herr Eisoldt gesteht, dass die letzte Kundenbefragung, die die GMSH durchgeführt habe, schon einige Jahre her sei; hier könne die GMSH noch besser werden. Er selbst versuche, den Kontakt zu Behördenleitungen zu halten.

Abg. Holowaty interessiert, wie die GMSH die Qualität der von externen Firmen erbrachten Dienstleistungen sicherstellt. - Herr Eisoldt erinnert daran, dass alle für die GMSH erbrachten freiberuflichen Leistungen überwacht werden müssten. Aufgrund des gestiegenen Bauvolumens sei man aber nicht in der Lage, alle externen Firmen intensiv zu überwachen.

Frau Schäfer, Fachgruppenleiterin Rechnungswesen bei der GMSH, erklärt auf Nachfrage von Abg. Holowaty, die sonstigen Rückstellungen seien aus einer Vielzahl von Gründen gestiegen. Man habe insbesondere die sonstigen Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen für Pensionäre erhöht, da diese nicht im Bereich der Pensionen bilanziert würden.

Abg. Holowaty möchte wissen, wie die GMSH den Anstieg ihrer Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen vor dem Hintergrund von Beschwerden über die schlechte Zahlungsmoral der öffentlichen Hand bewertet. - Frau Schäfer antwortet, der Anstieg der Verbindlichkeiten sei zum einen damit zu erklären, dass am Jahresende die Zahl der Bestellungen signifikant ansteige. Zum anderen seien digitale Funkgeräte im Wert von 2 Millionen € bestellt worden; auch aus der Einführung von Bau-SAP resultierten erhöhte Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten seien aber ausgeglichen.

Auf Wunsch von Abg. Holowaty führt Herr Eisoldt aus, im Einzelfall gebe es bürokratische Hürden für die Einhaltung der Zahlungsziele; von einem strukturellen Problem könne allerdings keine Rede sein. Das einzige, dafür aber nicht unbeträchtliche, strukturelle Problem bei der Einhaltung von Zahlungszielen gebe es im Bundesbau, der ein Volumen von 40 Millionen €

habe. Gewisse Rechnungen, die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beglichen würden, müssten vorher von der GMSH geprüft werden.

Auf eine Frage des Abg. Nobis antwortet Herr Eisoldt, die Personalfluktuationsrate in der GMSH sei nicht besonders groß. Die GMSH stelle generell Menschen ein, die schon etwas älter seien, so liege das Durchschnittsalter bei 48 Jahren. Gehaltszulagen zahle die GMSH nur im Einzelfall, um bestimmte Beschäftigte zu halten; den genauen Zusammenhang zwischen der Zahlung von Gehaltszulagen und der Personalfluktuationsrate werde er gern noch einmal untersuchen.

Auf Nachfrage von Abg. Raudies erklärt Herr Eisoldt, das derzeitige Tarif- und Gehaltsgefüge mit Zulagen sei insgesamt tragfähig, obwohl er sich für einige Berufsgruppen bessere Tarife wünsche. Da die Vorgaben für die Zahlung von Zulagen sehr streng seien, erhoffe er sich in diesem Bereich eine Flexibilisierung. Ein eigener Haustarif, wie ihn zum Beispiel Dataport für IT-Fachkräfte habe, sei allerdings nicht notwendig.

Abg. Raudies möchte gerne eine ausführlichere Bilanz der GMSH mit Erläuterungen bekommen. - Herr Eisoldt führt aus, derlei Informationen seien im Abschlussprüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers enthalten. - Herr Philipp, Staatssekretär im Finanzministerium, erklärt, solche Prüfungsberichte gebe das Finanzministerium normalerweise nicht heraus, da unternehmensspezifische Daten vertraulich seien. - Abg. Raudies gibt zu bedenken, dass das Land der Eigentümer der GMSH sei, und die Abgeordneten insofern ein Recht hätten, detaillierte Bilanzdaten einzusehen. - Abg. Petersdotter ist zuversichtlich, dass die Abgeordneten alle diesbezüglichen Informationen erhalten werden.

2. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1563](#)

(überwiesen am 30. August 2019)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Abg. Koch überein, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zu bitten, sich im Wege ihres Selbstbefassungsrechts inhaltlich mit der Thematik zu beschäftigen und dem Finanzausschuss ein Votum zuzuleiten. Angestrebt wird, die zweite Lesung in der Novembertagung 2019 des Landtags durchzuführen.

Abg. Nobis bittet um Stellungnahme des Landesrechnungshofs zu der Frage, ob es sinnvoll sei, zu dieser Frage ein Sondervermögen einzurichten. - Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, sagt eine Stellungnahme zu.

3. Neuwahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes gemäß § 10 Absatz 2 Satz 2 GeschO

Der Ausschuss wählt einstimmig folgende neuen Mitglieder:

- Abg. Weber (statt Abg. Rother), der nach der Geschäftsordnung Vorsitzender ist

- neues ständiges Mitglied der CDU-Fraktion: Abg. Plambeck (statt Abg. Koch)

- neues stellvertretendes Mitglied der CDU-Fraktion: Abg. Koch (statt Abg. Plambeck)

- neues stellvertretendes Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abg. Knuth (statt Abg. Andresen)

4. **Gewährträgersammlung bei den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten**

Antrag der Abg. Birgit Herdejügen

[Umdruck 19/2902](#)

hierzu: [Umdruck 19/2893](#)

Abg. Herdejügen bittet um Stellungnahme des LRH zu dem Bollerpapier des Wissenschaftlichen Dienstes, [Umdruck 19/2893](#).

Abg. Petersdotter hält insbesondere den letzten Boller für maßgeblich, wonach die Einrichtung einer Gewährträgersammlung politisch zu bewerten sei.

Abg. Koch versichert, es bestehe die politische Absicht, eine Gewährträgersammlung einzurichten.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, legt dar, im Ergebnis gebe es keinen Dissens des Landesrechnungshofs mit dem aus [Umdruck 19/2893](#) ersichtlichen Ergebnis des Wissenschaftlichen Dienstes.

§ 65 LHO solle sicherstellen, dass der Einfluss des Landes, sofern es sich an privaten Unternehmen beteilige, nicht geringer sein solle als bei öffentlichen Unternehmen. Bei den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten handele es sich um eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die zu 100 % dem Land gehöre. Es stehe in der Obliegenheit des Staates, dafür zu sorgen, wie mit staatlichen Mitteln umgegangen werde. Wie dies zu organisieren sei, sei gesetzlich nicht festgelegt.

Herr Platthoff vom Wissenschaftlichen Dienst erläutert ausführlich die Gedankengänge, die zu der Stellung des Bollerpapiers - [Umdruck 19/2893](#) - geführt haben.

Er erinnert daran, die Ausgangsfrage, die in der Beratung des Umwelt- und Agrarausschusses eine Rolle gespielt habe, sei gewesen, ob es eine rechtliche Pflicht zur Installierung einer Gewährträgersammlung bei den SHLF gebe.

Abg. Herdejürgen merkt an, sie habe die Frage im Finanzausschuss gestellt, da es bei der Diskussion im Rahmen der Anhörung im Umwelt- und Agrarausschuss unterschiedliche rechtliche Bewertungen zu dem Sachverhalt gegeben habe.

Frau Dr. Sorgenfrei, Leiterin des Referats Beteiligungsverwaltung, Bürgschaften, Bank-, Kredit- und Wertpapierwesen im Finanzministerium, führt aus, sie habe im Umwelt- und Agrarausschuss dargestellt, dass es darum gehe, Unternehmen mit gleichen oder vergleichbaren Standards zu steuern. Aufsichtsräte und Verwaltungsräte seien persönliche Mandatsträger, über die eine Einflussnahme über Weisung nicht durchsetzbar sei. Zu diesem Thema habe es auch in den Jahren 2015 und 2016 eine intensive Diskussion in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung gegeben. Durch die Einrichtung einer Gewährträgersammlung wäre gewährleistet, dass dort Bevollmächtigte des Landes säßen, denen Weisungen erteilt werden könnten. Bei der Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs über die Errichtung der Anstalt der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten würde diese Anstalt öffentlichen Rechts nicht anders behandelt als ein privatrechtlich verfasstes Unternehmen.

Abg. Raudies ergänzt aus der von Frau Dr. Sorgenfrei angesprochenen Beratung in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung, dass im Verwaltungsrat auch Abgeordnete vertreten seien, denen keine Weisung der Landesregierung erteilt werden könne.

5. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/2747](#) - Verwaltungsabkommen Archivschule Marburg

[Umdruck 19/2772](#) - Verwaltungsvereinbarung Kosovo Rückkehrprojekt

[Umdruck 19/2822](#) - Weiterbildungsprogramm digit

[Umdruck 19/2833](#) - Verkehrskordinator Hamburg und Schleswig-Holstein

[Umdruck 19/2875](#) - Abschlussbericht „Anforderungsorientierte Außenprüfung“

[Umdruck 19/2898](#) - Nachfrage zur Genehmigung von Wirtschaftsplänen

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Umdrucke zur Kenntnis.

[Umdruck 19/2876](#) - Vereinbarung Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten

Abg. Raudies bittet um eine kurze Darstellung der Historie zur Vereinbarung der Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten - Herr Philipp, Staatssekretär im Finanzministerium, sagt zu, diese Frage an das Justizministerium weiterzuleiten.

Der Ausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

vertraulicher [Umdruck 19/2823](#) (neu) - Hamburg Commercial Bank AG

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, regt an, dieses Thema vor einer Entscheidung in einem gesonderten Tagesordnungspunkt zu erörtern. - Der Vorsitzende erinnert an die diesbezügliche Vereinbarung im Ausschuss.

Der Ausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

vertraulicher [Umdruck 19/2899](#) - Antworten der hsh portfoliomanagement AöR

Der Ausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

19. September 2019:

9 Uhr: Finanzausschuss zum Thema Abschiebehaftanstalt Glücksstadt (vertraulich)

10 Uhr: Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführerin